

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

als Arbeitskreis Zivilklausel, einem Bündnis von Studierenden, Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung und Lehrenden der Universität, setzen wir uns für strikt zivile Bildung und Wissenschaft ein, die Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit fördert. Also für wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt im Dienst des Menschen. Der Physiker Albert Einstein – ein Freund der Menschheit und der Rationalität – hat schon 1932 zum Ausdruck gebracht, worum es dabei geht:

*„Es gäbe genug Geld, genug Arbeit, genug zu essen, wenn wir die Reichtümer der Welt richtig verteilen würden, statt uns zu Sklaven starrer Wirtschaftsdoktrinen oder -traditionen zu machen. Vor allem aber dürfen wir nicht zulassen, dass unsere Gedanken und Bemühungen von konstruktiver Arbeit abgehalten und für die Vorbereitung eines neuen Krieges missbraucht werden.*

(...)

*Unsere Waffen seien Waffen des Geistes, nicht Panzer und Geschosse. Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzen. Ein Zehntel der Energien, die die kriegführenden Nationen im Weltkrieg verbraucht, ein Bruchteil des Geldes, das sie mit Handgranaten und Giftgasen verpulvert haben, wäre hinreichend, um den Menschen aller Länder zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen sowie die Katastrophe der Arbeitslosigkeit in der Welt zu verhindern.“*

Um Gedanken und Bemühungen für eine bessere Welt zu entwickeln und für ihre Verwirklichung einzutreten, dafür werden gerade die Hochschulen gebraucht! Noch nie seit 1945 waren weltweit so viele Menschen auf der Flucht vor Krieg und Gewalt – und zwar weltweit auch vor deutschen Waffen. Immer noch ist der Tod ein Meister aus Deutschland, die BRD ist einer der größten Rüstungsexporteure. Und noch nie seit 1945 hat global die soziale Ungleichheit so zugenommen wie heute. Jeder zehnte Mensch weltweit leidet Hunger, im reichen Deutschland verzichtet laut Umfragen eine von sieben Personen auf eine Mahlzeit am Tag, während der private Reichtum immer absurdere und obszönere Maße annimmt. Mittlerweile besitzen die zwei reichsten Familien in Deutschland – man könnte angesichts der politischen Macht der Superreichen genauso gut von Oligarchen sprechen – so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Wir stehen heute hier, weil wir wissen: Die Mächtigen dieser Welt haben keine Antwort auf die drängenden Fragen dieser Zeit – den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, die Verwirklichung eines weltweit menschenwürdigen und friedlichen Zusammenleben – wir aber haben eine solidarische, eine bessere und erfreuliche Zukunft für alle zu gewinnen.

Dafür hat die Studierendenbewegung eine zentrale Bedeutung. Für eine Selbstverpflichtung der Hochschule auf friedliche Ziele hat sich bereits 2010 eine große Mehrheit der Studierenden bei einer Urabstimmung ausgesprochen, in der Konsequenz hat sich die Universität als gesamte Institution bereits 2015 zu Frieden, Nachhaltigkeit und Demokratie verpflichtet. Seitdem ist in der Grundordnung der Universität verankert:

*„Die Universität zu Köln trägt im Zusammenwirken ihrer Mitglieder sowie in der Einheit von Forschung und Lehre zur Entwicklung der Wissenschaft und zur wissenschaftlichen Bildung bei. Sie will ein Ort lebenslangen Lernens sein. Im Bewusstsein ihrer Geschichte verwirklicht die Universität zu Köln die Freiheit der Wissenschaft und ist sich dabei ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst. Zur Realisierung dieses Auftrags setzt sie sich für eine Kultur der Verständigung und Kooperation ein. (...)*

*Die Universität zu Köln entwickelt ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt dadurch, dass sie ihren (...) Aufgaben unabhängig von*

*außerwissenschaftlichen Vorgaben nachkommt, insbesondere in ihrer internationalen Zusammenarbeit. Sie wird regelmäßig auf den genannten Gebieten Aktivitäten entwickeln, z. B. Lehrveranstaltungen oder Forschungstätigkeiten.“*

Die Universität will also zu Frieden, Nachhaltigkeit und Demokratie beitragen - und zwar unter anderem durch ihre internationale Zusammenarbeit, durch lebenslanges Lernen und eine Kultur der Kooperation und Verständigung. An diesen weitreichenden und notwendigen Zielen wird sofort deutlich, wie grundsätzlich sich die Hochschule ändern muss: Neue, gesellschaftlich und lebensrelevante Erkenntnisse entstehen nicht durch Verabreichung fertiger Wissenspakete durch vermeintliche wissenschaftliche Autoritäten und ihre Bepunktung durch Credit-Points, sondern durch kritische Reflexion und Kontroverse. Das heißt auch: In einem wissenschaftlichen Bildungsprozess sind Studierende nicht Konsumenten und Lehrende keine Dienstleister, sondern alle Lernende. Deswegen war auch die Forderung nach einem Studienhonorar richtig, die die 68er erhoben haben – denn Lernen ist eine produktive Tätigkeit, die eben auch sozial und finanziell ermöglicht werden muss! Auf heute übertragen bedeutet das, dass das BAföG für alle, dauerhaft und elternunabhängig als Vollzuschuss gezahlt werden muss.

Die Realität sieht stattdessen so aus, dass unter einer zunehmend prekären Lage des Großteils der Studierenden bereits die Aufnahme eines Studiums erschwert ist und die prekäre Situation und Prüfungslast stumpfe und sinnfreie Paukerei für die nächste Prüfung nahelegt – nicht erst seit Corona haben diese Zumutungen zu massenhaft psychischer Überlastung und Studienabbrüchen geführt. Damit muss Schluss sein. Ein sozial und zeitlich unbedrängtes Studium, die soziale Öffnung der Hochschule für alle und eine Demokratisierung der Universität, d. h. ein Verhältnis von Lehrenden und Studierenden auf Augenhöhe, ist notwendig, damit alle für die UN-Nachhaltigkeitsziele, die Verwirklichung von Frieden, Nachhaltigkeit und Demokratie lernen und eingreifen können.

Ja, Krisen sind gefährlich. Aber es sind auch Entscheidungssituationen – und damit eine Möglichkeit einer positiven Wende. Der Aufruf zu dieser Kundgebung lautet solidarisch aus der Krise – dafür wollen und können wir die Hochschule als Ort des Lernens, des Eingreifens und Verändern neu entdecken und bestimmen. Die Welt braucht nicht eine militärische, sondern eine friedliche, eine soziale und demokratische Zeitenwende von „unten“ – und diese Zeitenwende sind wir selbst.

Abschließend der Hinweis: Beteiligt euch an den Aktivitäten für eine Unterstützung des Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen durch die Universität! Dieser Vertrag ist bereits jetzt die international solidarische Alternative für Frieden und Verständigung gegen die Kriegslogik von oben: Über 120 Staaten haben sich für diesen Vertrag, für die globale Vernichtung aller Atomwaffen ausgesprochen – die BRD verweigert bisher den Beitritt. Bereits über 2000 Hochschulmitglieder haben eine Petition unterschrieben, damit der Senat der Universität sich für den „AVV“ ausspricht, auch das Studierendenparlament und die Philosophische Fakultät haben sich bereits dafür ausgesprochen.

Und wie Franka bereits gesagt hat: Diese Kundgebung war ein Auftakt für weitere Proteste, für das nächste Semester planen wir unter anderem eine studentische Vollversammlung – jede und jeder ist eingeladen, sich im Protestbündnis einzubringen!

*Rede von Peter Förster vom AK Zivilklausel bei der Kundgebung „Solidarisch aus der Krise – soziale Verbesserung in Hochschule und Gesellschaft jetzt!“ am 19. Januar 2023 auf dem Albertus-Magnus-Platz*